Die monatliche Kolumne von Aurum

06.05.2022 heute von Ines Caspar

Der Ukrainekrieg bestimmt weiter die Nachrichten- und Marktlage.

Gerne würde ich die heutige Kolumne mit besseren Neuigkeiten beginnen. Leider sind der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Lieferkettenprobleme weiterhin die beherrschenden Themen. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise bleiben die Finanzmärkte nervös und angeschlagen. Die Risikoabneigung bleibt hoch, weil es beiderseitig keine Anzeichen für ernsthafte diplomatische Bemühungen und damit für Deeskalation gibt. Der April war daher einer der schlechtesten Monate an den Kapitalmärkten seit 50 Jahren. Insbesondere die Bond-Märkte befinden sich im freien Fall durch die steigenden Zinsen.

Grund zu weiterer Sorge bietet hier ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes, dass Deutschland als offen kriegsbeteiligtes Land eingestuft werden könnte, wenn ukrainische Soldaten durch die Bundeswehr an westlichen Waffen ausgebildet werden. Waffenlieferungen gelten wiederum völkerrechtlich nicht als Kriegseintritt. Die Lieferung ist also in Ordnung, eine Ausbildung an den Waffen jedoch nicht. Wie Putin auf eine solch offene Kriegsbeteiligung Deutschlands reagieren würde, lässt sich schwer voraussagen. Besser würde die Situation sicher nicht.

Russland will nach Angaben seines Außenministeriums den Handel mit China stark ausweiten. Die Rohstoff- und Warenlieferungen sollen markant wachsen. Bis 2024 solle das Handelsvolumen 200 Milliarden USD erreichen. Chinas Firmen seien trotz möglicher US-Folgesanktionen bereit, die Kooperation mit Moskau deutlich auszubauen. Was heißt das für die Versorgungssicherheit des Westens und das Preisniveau des Westens? Auch hier sind Prognosen schwer möglich. Ein Embargo Chinas, als Kriegsunterstützer, würde die Lage eskalieren lassen.

Die Möglichkeit, dass die Federal Reserve angesichts der weltweiten Preisanstiege die größte Zinserhöhung seit mehr als 20 Jahren beschließt, ist erheblich. Ob die Fed damit Rohstoffpreise, die der wesentlichste Treiber sind, beeinflussen können oder ob das vielmehr mit dem weiteren Verlauf der Ukraine-Krise im Kontext steht, muss sich erst noch zeigen. Der Zusammenhang bezüglich der Preisentwicklung ist in diesem Jahr klar durch die Ukraine-Krise definiert. Fakt ist also, dass die Prognosen über die Inflationsentwicklung wegen der Folgen der Ukraine-Krise (exogener Einfluss) und der daraus entstandenen Anstiege der Rohstoffpreise zur Makulatur wurden. Diese erhöhten Preise belasten die Wirtschaft und Haushalte global. Jetzt wird der Stress für Unternehmen und private Haushalte durch erhöhte Kapitalkosten noch ergänzt.

Erhebliche Wohlstandsverluste und Rezessionsrisiken insbesondere im Westen werden daher täglich aktueller. Die globalen Kosten der Ukraine-Krise weiten sich massiv aus. Die ersten EU-Länder reagieren. So wurde beispielsweise in Rom ein 14 Mrd. EUR Unterstützungspaket auf den Weg gebracht. Sollte die Krise weiter eskalieren, sind das alles nur zarte Anfänge. Der Kostenapparat, der auf europäische Staaten, die Wirtschaft und die privaten Haushalte zukommt wird täglich größer.

Dementsprechend ist die Inflationsrate im Euro-Raum im April weiter gestiegen. Die Verbraucherpreise erhöhten sich um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Der starke Preisdruck setzt die Europäische Zentralbank (EZB) unter Druck. Sie strebt für den Währungsraum eine Preissteigerung von mittelfristig zwei Prozent an. Markant an den neuen Zahlen ist, dass sich der starke Preisanstieg nicht nur auf Energie und Nahrungsmittel beschränkt. Auch die bereinigte Kernrate der Inflation lag bei 3,5 Prozent. Ökonomen fordern nun schnellere Zinserhöhungen. Die EZB zögert weiter und begründet dies mit einem kaum noch ernstzunehmenden Inflationsziel von 1,9 Prozent für 2024. Aus Angst vor Kollateralschäden scheut sie sich, die Zinsen anzuheben und beschert den Sparern einen Realzins von aktuell minus sieben Prozent.

Für Anleger, die weiterhin ihr Vermögen auf dem Konto sicher wähnen, kommt dies einer Enteignung gleich, die sich nun aber nicht mehr schleichend, sondern spürbar schneller vollzieht. Wer kann, sollte unseres Erachtens einen signifikanten Teil seines oder ihres Vermögens in Sachwerte investieren.

Alles in Allem ist die aktuelle Lage sehr prekär und eine Prognose schwer möglich. Die alte Börsenweisheit „Sell in May and go away, but do not remember to come back in september“ könnte daher für den Sommer eine größere Relevanz bekommen. Demgegenüber sind schwache Tage aber immer auch eine Chance für selektive Einstiege.

Sollten Sie Hilfe bei der Auswahl der passenden Anlagen benötigen stehen wir Ihnen gerne zur Seite. Rufen Sie einfach an und vereinbaren einen Termin. Tel. 06631/8018440

Ich wünsche Ihnen, trotz aller negativer Nachrichten, einen sonnigen, wonnigen Mai und eine gute Hand bei Ihren Anlageentscheidungen.

Disclaimer: Der obige Marktkommentar gilt nicht als Finanzanalyse i.S.d. § 34 b WpHG und spiegelt lediglich die Meinung des Verfassers wider. Insbesondere stellt der Marktkommentar weder eine Anlageberatung noch eine Aufforderung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Finanzinstrumenten dar. Er dient ausschließlich zu Informationszwecken.
Anmerkung der Redaktion: Die Kolumne spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung von Oberhesssen-Live wider. Der Verfasser und redaktionell Verantwortliche ist:
Aurum Vermögensmanagement GmbH
Ines Caspar
Bürgermeister-Haas-Str. 5, 36304 Alsfeld